

Hensel / Kallinich / Kiegeland / Lorenz / Mueller-Stahl (Hrsg.)



Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 2015

Demokratie in Aufruhr

Alexander Hensel / Daniela Kallinich /
Julia Kiegeland / Robert Lorenz / Robert Mueller-Stahl (Hrsg.)

Demokratie in Aufruhr

Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 2015

Alexander Hensel / Daniela Kallinich /
Julia Kiegeland / Robert Lorenz / Robert Mueller-Stahl (Hrsg.)

DEMOKRATIE IN AUFRUHR

Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 2015

ibidem-Verlag
Stuttgart

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

∞

Gedruckt auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier
Printed on acid-free paper

ISSN: 2191-3951

ISBN-13: 978-3-8382-6916-0

© *ibidem*-Verlag
Stuttgart 2016

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und elektronische Speicherformen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in or introduced into a retrieval system, or transmitted, in any form, or by any means (electronic, mechanical, photocopying, recording or otherwise) without the prior written permission of the publisher. Any person who does any unauthorized act in relation to this publication may be liable to criminal prosecution and civil claims for damages.

INHALT

Vorwort	17
■ Block 1 Zivilgesellschaft zwischen Populismus und Protest	
<hr/>	
<i>Studie zu Pegida</i>	25
[Franz Walter] präsentiert aktuelle Forschungsergebnisse zu den Pegida-Protesten	
<i>Pegida in den Trümmern des einst „roten Sachsen“</i>	30
[Franz Walter] über die historischen Wurzeln von Pegida	
Podcast: <i>Pegida: Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?</i>	34
[Lars Geiges und Julia Kopp] über die Ergebnisse der Pegida-Studie	
<i>Wieder mal die Rettung des Abendlandes</i>	35
[Florian Finkbeiner] über die historische Karriere eines politischen Begriffs	
<i>Sarrazin, AfD, HoGeSa, Pegida</i>	38
[Felix M. Steiner] über die Pegida-Proteste in Dresden und ihre Ursachen	
<i>Wilders wieder</i>	41
[Lars Geiges] über den Schulterchluss des Rechtspopulisten Geert Wilders mit Pegida	
<i>Pegida als Symptom kollektiver Narbenbildung</i>	44
[Hannes Keune, Florian Finkbeiner und Julian Schenke] mit einer sozialpsychologischen Annäherung an Pegida	
<i>Weder spontan noch unorganisiert</i>	49
[Samuel Salzborn] über rassistische Krawalle gegen Flüchtlinge	
<i>Leere Straßen und erstarrte Rechtspopulisten</i>	51
[Jens Gmeiner] über das Scheitern der Pegida-Proteste in Schweden	
<i>Studie zu NoPegida</i>	54
[Franz Walter] über die soziale Zusammensetzung der Gegenbewegung zu Pegida	
<i>Wie findet man als Gegner statt?</i>	58
[Julia Zilles und Wolf J. Schönemann] über diskursive Profilierungsstrategien von Protestkommunikation	

<i>Protest in der Provinz</i> [Florian Finkbeiner, Lars Geiges, Hannes Keune und Julian Schenke] mit einem Vorausblick auf die Proteste der G7-Gegner	65
<i>Wer sind die TTIP-Gegner?</i> [Lars Geiges] über Motive und Antriebe der Stopp-TTIP-Bewegung	69
<i>Protest einer Ausgeschlossenen</i> [Klaudia Hanisch und Tobias Neef] über die Flüchtlingsproteste seit 2012	73
<i>Politischer Kampf vor der Haustür</i> [Carolin Schwarz] über bürgerliches Engagement gegen die Windenergie	76
<i>Die „Protestnomaden“ in Frankreich</i> [Julia Tilly] über ein neues Protestphänomen in Frankreich	80
<i>Riot oder Revolution?</i> [Madeline Kaupert] über die Bewertung der Aufstände in Großbritannien und Ägypten im Jahr 2011	83
<i>Keine Riots hierzulande?</i> [André Höttges] über Ursachen für Migranten-Aufstände in westlichen Industrienationen im deutsch-französischen Vergleich	87
 ■ Block 2 Deutsche Parteien im Wandel und Umbruch <hr/>	
<i>Max Webers Volksparteimaschine</i> [Oliver D'Antonio] über Max Webers Parteienbegriff	97
<i>Die CDU und der Konservatismus</i> [Florian Finkbeiner] über das schwierige Verhältnis der CDU zum Konservatismus	101
<i>Abschied von Adenauer</i> [Malte Lübke] über den Wandel der CDU in den späten 1960er Jahren	105
<i>Die Grünen, die Deutsche Einheit und das Wetter</i> [Michael Lühmann] über die Haltung der Grünen in Ost und West zur Deutschen Einheit und Lehren für die heutige grüne Programmatik	109
<i>Das Experiment von Erfurt</i> [Stephan Klecha] über die Herausforderungen für ein rot-rot-grünes Dreier-Bündnis in Thüringen	114
<i>FDP: Alles neu in der Krise?</i> [Michael Freckmann] über die Erneuerung einer Partei	117

<i>Die elitäre Gegenelite</i>	121
[Felix Butzlaff und Michael Freckmann] über die Lage der FDP vor und nach der Hamburg-Wahl vom 15. Februar 2015	
<i>Mehr Demokratie und mehr Ungleichheit</i>	125
[Carsten Koschmieder und Mario Datts] über die Effekte von Bundesparteitag als Mitgliederversammlungen in der Piratenpartei	
<i>Partei der kleinen Leute?</i>	129
[David Bebnowski] über die Wählerpotenziale der AfD	
<i>Radikale Helferlein</i>	134
[Julika Förster] über den Jugendverband der AfD	
<i>Strategisches Scheingefecht?</i>	138
[David Bebnowski] über die AfD kurz vor ihrem Bremer Parteitag	
<i>Demokratischer als die „Altparteien“?</i>	141
[Carsten Koschmieder] über die Bundesmitgliederversammlung der Alternative für Deutschland in Bremen im Januar 2015	
<i>AfD: Mut oder Wut?</i>	145
[Florian Finkbeiner] über die AfD-Analyse von Häusler & Roeser	

■ Block3 | Parteien und Wahlen in internationaler Perspektive

<i>Neopopulismus in Europa</i>	153
[Felix Butzlaff] über die Madrider Konferenz zum Aufstieg neopopulistischer Bewegungen und Parteien	
<i>Familienstreit im Front National</i>	156
[Daniela Kallinich] über den Generationswechsel bei den französischen Rechtspopulisten	
<i>Sarkozy-Partei: Von der UMP zu den „Republikanern“</i>	160
[Teresa Nentwig] über die Neuformierung der französischen Konservativen	
<i>Von der „Clegg-mania“ zur Identitätskrise</i>	165
[Michael Freckmann] über die Liberal Democrats vor der britischen Parlamentswahl	
<i>Labours Absturz</i>	169
[Danny Michelsen] über den Ausgang der britischen Unterhauswahlen 2015	
<i>„Jez we did!“ – (Sozial-)Demokratischer Aufbruch in Großbritannien</i>	173
[Danny Michelsen] kommentiert die Wahl von Jeremy Corbyn zum Vorsitzenden der britischen Labour Party	

<i>Spaniens Protestpartei Podemos im Aufwind</i> [Felix Butzlaff] über die Erfolgsursachen der spanischen Podemos-Partei	178
<i>Die Griechenlandkrise im Blick portugiesischer Kommentatoren</i> [Britta Baumgarten] über die Wahrnehmung der Griechenlandkrise in Portugal	182
<i>Wahlen in Dänemark – Helle oder Løkke?</i> [Clemens Wirries] über die Ausgangslage in Dänemark vor den Parlamentswahlen	187
<i>Pakt gegen die Rechtspopulisten</i> [Jens Gmeiner] über die schwedische „Dezembervereinbarung“	190
<i>Die Geister, die Orbán rief</i> [Niklas Schröder] beobachtet einen alarmierenden Wandel der politischen Verhältnisse in Ungarn	194
<i>Der Lackmustest der Demokratie steht erst noch bevor</i> [Thorsten Hasche] über die Parlamentswahlen in der Türkei	198
<i>Netanjahu – der Beschützer Israels</i> [Johannes Sosada] über die „sieve mentality“ als Erklärung für Benjamin Netanjahus Wahlsieg	201
<i>Ein Todesurteil löst das politische Dilemma nicht!</i> [Thorsten Hasche] über die gefährliche Politik von Ägyptens Präsident al-Sisi	205

■ **Block 4** | Der Blick von oben: Wie Unternehmer Politik und Gesellschaft betrachten

<i>Schröder als Held, die Medien als Schurken</i> [Franz Walter und Stine Marg] schildern, wie Unternehmer Politik und Gesellschaft sehen	213
<i>Unternehmer und Politik</i> [Robert Lorenz] erläutert, weshalb Unternehmer die Politik meiden	217
Podcast: <i>Sprachlose Elite?</i> [Stine Marg und Felix Butzlaff] bilanzieren, wie Unternehmer Politik und Gesellschaft sehen	220
<i>„Wo ist die Verantwortlichkeit der Journaliste?“ – Die Medienkritik der Wirtschaftselite</i> [Teresa Nentwig] über die Sicht von Unternehmern und Managern auf die Medien	221
<i>China around the world</i> [Sebastian Kohlmann] über China, das die Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft vor neue Herausforderungen stellt	225

Podcast: *Wie tickt der Familienunternehmer?* 228
 [Felix Butzlaff] über die Sicht von Familienunternehmern auf Politik und Gesellschaft

Symbiose und kollektive Selbstverortung 229
 [Andreas Wagner] über Unternehmer in Verbänden

■ Block 5 | Politische Konflikte und wissenschaftliche Debatten

Multidisziplinäre Ideengeschichte 237
 [Felix Butzlaff] über den Workshop „Zeitgenössisches politisches Denken in Deutschland seit 1989“ am 9. und 10. Juli 2015 in Kiel

Einfach machen! Wege aus der Vertrauenskrise 240
 [Saskia Richter] über Gregor Hackmacks Vorschläge zur Reform der Demokratie

„Demokratie – das ist ein Computerspiel“ 243
 [Yvonne Blöcker] über die Parallelen von Spiel und Demokratie

Jenseits des Monotheismus? 245
 [Robert Pausch] über die aktuelle Grundsatzdiskussion in der Volkswirtschaftslehre

Die Soundchronisten der Sechziger 248
 [Jöran Klatt und Katharina Rahlf] über die zeitgeschichtliche Bedeutung der Rolling Stones und Beatles

Wir müssen reden 253
 [Michael Lühmann] mit einem Appell zum Jubiläum des Mauerfalls

Umstritten und umkämpft 257
 [David Bebnowski] rezensiert den Sammelband „Basisdemokratie und Arbeiterbewegung“

Sechzig Jahre Schlüter-Affäre 261
 [Teresa Nentwig] über einen politischen Skandal, für den im Mai 1955 der niedersächsische Kultusminister Leonhard Schlüter sorgte

Rückblick: Die #doeff14 265
 [Alexander Hensel und Christoph Hoeft] blicken auf die Tagung „Politisches Handeln in digitalen Öffentlichkeiten“ zurück

Zur Unabhängigkeit der Justiz 269
 [Samantha Volkmann] über Probleme des externen Weisungsrechts am Beispiel von netzpolitik.org

Teil der Grünen Geschichte 273
 [Franz Walter, Stephan Klecha und Alexander Hensel] im Interview über die Pädophilie-Debatte

Kongress, Knatsch und Krise: Der #DVPW2015 282
[Alexander Hensel und Julia Zilles] über den DVPW-Kongress 2015 in Duisburg

Aufbruch in eine demokratische Zukunft 287
[Ernst Wawra] über Andersdenkende in der Sowjetunion nach 1989

■ Block 6 | Das Politische Geschlecht

Das Politische Geschlecht 297
[Jöran Klatt] über die Herausforderung und Aktualität der Kategorie Gender

Gender-Marketing: (K)eine Werbung für die Vielfalt 300
[Julia Kiegeland] über den Umgang mit Geschlechterrollen in der Werbeindustrie

Hochkonjunktur des Antifeminismus 304
[Hannes Keune und Julian Schenke] über den tiefsitzenden Widerstand gegen die Emanzipation der Frau und seine gegenwärtigen Apologeten

Island: Schwul-lesbische Zufriedenheit und feministisches Utopia? 309
[Julia Tiemann] über den isländischen Umgang mit Gender-Fragen

„Eine Info, ein Drink“ 312
[Cécile Calla] über Sexismus in der französischen Politik

„Das Land der starken Frauen“ 315
[Johannes Sosada] über die besondere Rolle von Frauen im israelischen Militär

Wer will eine starre Geschlechterordnung? 319
[Marcus Felix] kommentiert die baden-württembergische Bildungsplan-Debatte

Cyborg-Manifest: „Nicht nur Gott ist tot, auch die Göttin!“ 323
[Jöran Klatt] über das Cyborg-Manifest von Donna Haraway von 1985

■ Block 7 | Meister, Macher und Mythen: Politische Biografien gestern und heute

Philipp Scheidemann – der kaiserliche Sozialdemokrat 331
[Franz Walter] über Philipp Scheidemann, der 1918 die Republik ausrief – und dafür zeitlebens gehasst wurde

Umkämpftes Erbe 335
[Teresa Nentwig] über den französischen Sozialisten Jean Jaurès und dessen Aneignung durch heutige Politiker

Otto von Bismarck – zum 200. Geburtstag 340
[Otto-Eberhard Zander] über Otto v. Bismarcks Göttinger Studienzeit

<i>Als Sozialdemokraten noch den Zeitgeist prägten</i> [Matthias Micus] aus Anlass von Bruno Kreiskys Todestag über den Untergang einer Ära	344
<i>Franz Josef Strauß: Meister der Manege</i> [Robert Lorenz] über das Außergewöhnliche an Franz Josef Strauß	349
<i>Franz Josef Strauß: Egozentriker zwischen Hybris und Kleinmütigkeit</i> [Franz Walter] mit einem Porträt über Franz Josef Strauß	353
<i>Champion der modernen Öffentlichkeit</i> [Lars Geiges] über Cassius Clay und dessen Inszenierung in den Medien	357
<i>Homo homini ludus est</i> [Jöran Klatt] zum 70. Todestag Johan Huizingas	361
<i>Und der Nobelpreis geht an ...</i> [Teresa Nentwig] über die beiden Literaturnobelpreisträger Jean-Paul Sartre und Patrick Modiano	365
<i>François Bayrou – ein Rathaus für ein Königreich</i> [Daniela Kallinich] über die politische Karriere des französischen Zentrumspolitikers François Bayrou	369
<i>Christine Lagarde – von der Synchronschwimmerin zur IWF-Chefin</i> [Anne-Kathrin Meinhardt] über die Karriere der Direktorin des IWF	374
<i>Der „Mayor of Castro Street“</i> [Karin Schweinebraten] über San Franciscos Stadtteil The Castro und den Aktivistin Harvey Milk	377
<i>„Der Tag ist hell...“</i> [Katharina Trittel] zum 25. Todestag von Alfred Herrhausen	381
<i>Vom Göttinger Studenten zum Staatsoberhaupt</i> [Sebastian Kohlmann] mit einem Nachruf auf Richard v. Weizsäcker	385

■ Block 8 | Anhang

Autorenverzeichnis	393
Publikationsverzeichnis	403
Bilderverzeichnis	405





■ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Sommerfest 2015.

VORWORT

„Demokratie in Aufruhr“ lautet der Titel des inzwischen sechsten Jahrbuchs des Göttinger Instituts für Demokratieforschung. Abermals versammeln wir hier wissenschaftliche Analysen und Kommentare, die während des vergangenen Jahres im Institut entstanden sind. Damit schließt auch dieses Jahrbuch an das Crescendo der Krisenbeschreibungen an, das bereits in zurückliegenden Jahrbüchern angeklungen ist, etwa „Gesellschaftliche Verunsicherung und politischer Protest“ (2011), „Demokratien am Wendepunkt“ (2012) oder „Politische Kultur in der Krise“ (2013). Und tatsächlich: Viele der seit Jahren beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Herausforderungen haben im Jahr 2015 weiter an Bedeutung gewonnen oder sind sogar kulminiert.

Die deutsche Gesellschaft ist – ganz ähnlich wie in vielen anderen europäischen Ländern – in Bewegung und Aufruhr geraten, ist derzeit geprägt von gesellschaftlicher Aufregung und Empörung, politischen Tumulten und Erhebungen. Während Angela Merkel das neunte Jahr ihrer Amtszeit zunächst in bewährter Manier zu beenden schien, gewann mit der Alternative für Deutschland (AfD) ein neuer parteipolitischer Akteur weiter an Bedeutung, der zumindest auch als Reaktion auf den „regierungsarmen Pragmatismus“ der Kanzlerin gelesen werden kann.¹ Merkel allerdings zeigte im Rahmen der Flüchtlingskrise entgegen ihrer eigenen Partei und ihrem bisherigen politischen Verhalten nun erstmals „klare Kante“ und begann nun auch emotional zu argumentieren. Daher verwundert kaum, dass viele Bürger auf Merkels politischen Kurs überrascht und verunsichert reagierten, sich insbesondere in der CSU Widerstand organisierte und viele Bürgerinnen und Bürger ihre Skepsis bezüglich des Kurswandels ausdrückten.

*

Im Rückblick war das Jahr 2015 aus politik- und gesellschaftswissenschaftlicher Perspektive eine große Herausforderung. Scheinbar nahtlos aufeinander folgende und ineinander verschränkte Krisen und ein alarmistisches politisches Klima erforderten,

1 Vgl. Kallinich, Daniela/Schulz Frauke: Versäumnisse eines erklärungsarmen Pragmatismus, in: dies. (Hrsg.): Halbzeitbilanz. Parteien, Politik und Zeitgeist in der schwarz-gelben Koalition 2009–2011, Stuttgart 2011, S. 337–359.

sich zunächst ein Bild der Geschehnisse zu verschaffen, allem voran von den Menschen, die ihren Unmut auf den Straßen kundtaten: Im ausgehenden Jahr 2014 formierte sich die Pegida-Bewegung und avancierte binnen weniger Wochen zu einem dominierenden Thema, das die Berliner Politik ebenso umtrieb wie die heimischen Stammtische. Nachdem die v. a. sächsische Bewegung zwischenzeitlich wieder rasant an Boden verloren hatte, ist sie mit der Zuspitzung der Debatte über die Flüchtlingspolitik im Herbst 2015 erneut auf den Plan getreten. Entsprechend prägte Pegida das „Forschungsjahr“ unseres Instituts: Mit bis zu zwanzig Kolleginnen und Kollegen besuchten wir Demonstrationen in ost- und westdeutschen Städten, versuchten uns mit unterschiedlichen Methoden und Perspektiven ein Bild dessen zu machen, was aus einer kleinen Universitätsstadt wie Göttingen zunächst fern und unwirklich erschien. So widmen sich viele der Analysen im ersten Kapitel unseres Jahrbuchs v. a. den Eigenschaften und Motiven, welche die Demonstranten in Dresden und anderswo dazu gebracht haben, in dunklen und regnerischen Winternächten und trotz zahlreicher Widersacher gegen die „Lügenpresse“, den Islam und Überfremdung auf die Straße zu gehen. Diese Forschung resultierte auch in der Studie „Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?“².

Doch unser Blick richtete sich nicht nur auf die Gegner einer „Islamisierung des Abendlandes“, sondern auch auf den gegen sie gerichteten Protest und Widerstand – eben auch auf NoPegida. Die Betrachtung beider Seiten verschärfte den Eindruck, von einem Ende der *exception allemande* – der deutschen Ausnahmeerscheinung, von erfolgreichen rechtspopulistischen Akteuren bislang verschont geblieben zu sein. Schließlich hat auch die Alternative für Deutschland – trotz interner Querelen und Spaltungen – wachsenden Zuspruch erhalten und stellt inzwischen eine parteipolitische Plattform für all jene dar, die sich von den etablierten politischen Kräften kaum noch verstanden und repräsentiert fühlen, denen Merkels „Wir schaffen das“ zu hemdsärmelig und fernab ihrer eigenen Realität erscheint. Protestiert wurde darüber hinaus nicht nur bei Pegida und NoPegida: Auch Proteste gegen G7, TTIP oder Infrastrukturprojekte brachten zahlreiche Menschen dazu, ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. Die hohe Bedeutung von Protest im Rahmen politischer Aushandlungsprozesse zeigt sich auch in internationaler Perspektive, wie unsere Analysen von Frankreich bis Ägypten erhellen.

2 Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015.

Die Wandlungen der deutschen Parteienlandschaft stehen im Mittelpunkt unseres zweiten Kapitels. Auch hier schlagen sich verschiedene Krisen deutlich nieder. Nach dem Abebben der öffentlichen Debatte über die Griechenlandkrise dominierte in der zweiten Jahreshälfte die Flüchtlingskrise die politische und mediale Agenda. Die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenleben sowie nach Wegen der Integration von Hunderttausenden beschäftigt seither die Öffentlichkeit und stellt auch die Sozialwissenschaften vor enorme Herausforderungen. Und das Flüchtlingsthema richtet den Fokus erneut auf die politischen Parteien und Bewegungen, die mit scheinbar einfachen Lösungen und populistischen Antworten immer öfter die Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung in verschiedenen europäischen Ländern erhalten.³ So ist auch der infolge ihrer Spaltung Mitte des Jahres bereits vielfach totgesagten AfD gelungen, sich in der aufgeheizten Debatte über Asylpolitik als rechtspopulistische Partei erneut zu profilieren und zumindest vorerst eine Lücke im politischen Wettbewerb zu besetzen, wie jüngste Umfrageergebnisse unterstreichen. Den Wandel des deutschen Parteiensystems sowie die eruptiven Entwicklungen gerade im Spektrum kleinerer Parteien spiegeln verschiedene Analysen zu großen Volksparteien, der Entwicklung des deutschen Liberalismus oder dem Scheitern der Piratenpartei wider.

Der Blick in andere Länder, z. B. nach Frankreich, Skandinavien, Polen oder Ungarn, bestätigt die Tendenz zum populistischen Protest, zur Zustimmung für rechtspopulistische Parteien. Dabei stehen die Parteien in den südlichen, von der Finanzkrise erschütterten Demokratien, allen voran Spanien und Griechenland, allerdings im Gegensatz zu ihren nördlicheren EU-Partnern einem in Europa z. T. neuartigen Linkspopulismus gegenüber. Darüber hinaus haben wir unsere Perspektive dieses Jahr auch in den Nahen Osten ausgeweitet und Blicke nach Israel, in die Türkei und nach Ägypten geworfen.

Doch auch abseits der akuten/öffentlich debattierten Parteien, Bewegungen und Entwicklungen im In- und Ausland haben wir einzelne gesellschaftliche Gruppen genauer untersucht – wobei in diesem Jahr ein weiterer Schwerpunkt unserer Gesellschaftsanalyse auf deutsche Unternehmer gerichtet gewesen ist, die im Rahmen einer groß angelegten Studie untersucht worden sind.⁴ Dabei widmen sich unsere Autorinnen

3 Vgl. bereits aus dem Jahr 2014 Hensel, Alexander u. a. (Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa? Europawahlen 2014 – der rechte Rand im Aufwind?, in: Göttinger Themenhefte, URL: http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2014/05/Themenheft_2_web.pdf [eingesehen am 17.12.2015].

4 Siehe Walter, Franz/Marg, Stine (Hrsg.): Sprachlose Elite? Wie Unternehmer Politik und Gesellschaft sehen, Reinbek bei Hamburg 2015.

und Autoren v. a. der Frage, welche Einstellungen und Werte deutsche Unternehmer prägen und wie diese auf Gesellschaft, Politik und Medien blicken.

Ein weiteres Kapitel behandelt die Vielfalt wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Debatten, mit denen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Instituts beschäftigt haben. Hier finden sich Tagungsberichte und Rezensionen, Diskussionsbeiträge und Impulse für neue Perspektiven. Darunter befindet sich leider zum letzten Mal auch ein Beitrag unserer ehemaligen und in diesem Jahr verstorbenen Kollegin Dr. Saskia Richter, die den Blog und die Jahrbücher unseres Instituts in den vergangenen Jahren immer wieder mit vielfältigen und erhellenden Beiträgen bereichert hat. Wir vermissen sie – persönlich und wissenschaftlich – sehr.

Das folgende Kapitel widmet sich der immer wieder auflodernden Gender-Debatte. Hier werden eine Reihe spannender Impulse und Perspektiven abgehandelt, die wir im Blog unter dem Titel „Das Politische Geschlecht“ haben vereinen können. Im abschließenden Kapitel finden sich – dies in einer guten und gern gepflegten Tradition unseres Instituts – Beiträge zu bedeutsamen und vielseitigen politischen Akteuren. Im Zentrum stehen hierbei die Denker und Macher verschiedener Epochen: Vordenker, Intellektuelle, Aktivisten und Parteistrategen werden von unseren Autorinnen und Autoren porträtiert und ihr Wirken für die Gesellschaft untersucht.

*

Wie immer wäre das Erscheinen dieses Jahrbuches nicht ohne die zahlreichen Blogbeiträge unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch bewährter wie neuer Gastautorinnen und -autoren möglich gewesen. Ihnen gilt unser herzlicher Dank. Gleiches gilt für Franz Walter, den Leiter des Instituts für Demokratieforschung, der unsere Arbeit stets umfassend und wider alle Herausforderungen unterstützt und dem jüngeren wie älteren wissenschaftlichen Nachwuchs dabei großen Freiraum zum Experimentieren und Diskutieren lässt. Auch unseren Fotografinnen und Fotografen – Hanna Feesche, Julia Kopp, Teresa Nentwig und Andreas Wagner – sei herzlich gedankt: Ohne sie wäre die bildliche Untermalung unserer Arbeit, in diesem Buch wie auf unserer Website, nicht möglich.

**ZIVILGESELLSCHAFT ZWISCHEN
POPULISMUS UND PROTEST**

■ STUDIE ZU PEGIDA

[Franz Walter] präsentiert aktuelle Forschungsergebnisse zu den Pegida-Protesten

Was ist „Pegida“? Wer nimmt an ihren „Abendspaziergängen“ durch Dresden teil? Und was motiviert so viele Menschen seit Oktober 2014 wöchentlich, „gegen die Islamisierung des Abendlandes“ auf die Straße zu gehen? Das sind Fragen, für die sich nicht nur die Medien, sondern mit fortschreitender Protestdauer auch universitäre Sozialforscher interessieren. Wissenschaftler der TU Dresden legten unlängst Ergebnisse vor und stellten darin den „typischen“ Pegida-Demonstranten vor.¹ Auch das Göttinger Institut für Demokratieforschung initiierte während der Pegida-Demonstration am 12. Januar 2015 eine Online-Umfrage, an der sich insgesamt rund 500 Teilnehmer der Demonstration beteiligten.²

Vorab: Dabei handelt es sich ausdrücklich nicht um eine repräsentative Studie. Uns ist bewusst, dass dezidierte rechtsextreme Aktivisten, notorisch Misstrauische sowie im Umgang mit elektronischer Kommunikation ungeübte Zeitgenossen nicht in dem Untersuchungssample auftauchen dürften. Insofern sagen die Resultate der Erhebung nur etwas über eben diese 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einer Pegida-Demonstration aus. Dennoch bilden sie unzweifelhaft eine Gruppe, die sich von den Losungen und Parolen angezogen und aktiviert fühlt. Sie mögen nicht den harten ideologischen Kern ausmachen; aber sie gehören zu denen, die sich für die Demonstrationsziele haben rekrutieren und mobilisieren lassen. Sie sind Ausdruck eines politischen Gärungsprozesses, der Teile der deutschen Gesellschaft rechts der Mitte erfasst hat.

-
- 1 Vgl. Vorländer, Hans: Wer geht warum zu PEGIDA-Demonstrationen? Präsentation der ersten empirischen Umfrage unter PEGIDA-Teilnehmern, in: tu-dresden.de, o. D., URL: <http://tu-dresden.de/aktuelles/news/Downloads/praespeg> [eingesehen am 29.10.2015].
 - 2 Update (21.01.2015): Dieser Blog-Beitrag fußt auf Ergebnissen einer explorativen Umfrage, die das Göttinger Institut für Demokratieforschung unter den Teilnehmern der sogenannten Pegida-Demonstration am 12. Januar 2015 in Dresden durchgeführt hat. Dazu wurden dort insgesamt 3.500 Anschreiben verteilt, mit denen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration zu einer Online-Umfrage gebeten wurden. Die Handzettel umfassten neben dem *Link* zur Umfrage einen *QR-Code*. Parallel zur Verteilung der Handzettel wurden verkürzte Fragebogen erhoben, die das Geschlecht, die Teilnahmefrequenz an Pegida-Demonstrationen, den Wohnort, das Alter sowie das Erwerbsverhältnis vor Ort erfragten, um eine Kontrolle des *Samples* zu ermöglichen. Insgesamt beteiligten sich bis zur Schließung der Umfrage am 16. Januar 2015 insgesamt 482 Personen an der Online-Befragung; 358 davon antworteten auf sämtliche Fragen.

In den nächsten Wochen werden wir durch Gesprächsrunden die Forschungsarbeit fortführen, um weitere und tiefere Einsichten in die Motivlagen und Beweggründe der Pegida-Demonstranten zu gewinnen; auch zu den NoPegida-Demonstranten liegen mittlerweile erste Ergebnisse vor.³ Insofern markieren die im Folgenden dargestellten Daten aus der Dresdener Online-Befragung eher den Beginn als den Abschluss unserer Untersuchungen zum Protestphänomen Pegida. Einige Details sind allerdings schon jetzt bemerkenswert.

Männlich, mittleren Alters, sozial nicht ausgegrenzt

An der Göttinger Befragung nahmen zu 81,5 Prozent Männer und zu 18,5 Prozent Frauen teil. Am stärksten vertreten waren die 46- bis 55-Jährigen mit 31,8 Prozent, gefolgt von den 36- bis 45-Jährigen mit 22,8 Prozent. Damit unterscheidet sich die Altersstruktur von den politisch-kulturell ganz anders gearteten Protestaktionen vor einigen Jahren, etwa gegen Stuttgart 21. Hier hatte unsere Online-Umfrage damals einen deutlichen Überhang der über 55-Jährigen festgestellt, wovon eine große Mehrheit akademische Titel oder Zertifikate vorzuweisen hatte.

Die Quote der formal Hochgebildeten ist bei Pegida demgegenüber zwar erheblich geringer, aber proletarische Züge tragen die neuen Demonstranten von rechts auch nicht. Das muss, wie man aus der Entstehungszeit und Verlaufsgeschichte anderer rechtspopulistischer Bewegungen in Europa weiß, aber nicht so bleiben. Fast immer stand am Anfang die verunsicherte soziale Mitte; die von Sozialisten und Sozialdemokraten enttäuschten Arbeiter und Arbeitslosen schlossen sich als Wähler erst später dem Populismus von rechts an, dann jedoch in rasch wachsender Zahl.

35 Prozent sind im Besitz eines Universitäts- und Fachhochschulzertifikates; als Absolventen von Haupt- oder Volksschulen gaben sich unter den Teilnehmern der Umfrage lediglich 0,6 Prozent aus. Auch der Arbeiteranteil lag bei der Expertise nur bei 7,1 Prozent, gegenüber Angestellten mit 37,3 Prozent und Freiberuflern/Selbstständigen mit 16,2 Prozent. 77 Prozent sind voll erwerbstätig; 9,2 Prozent beziehen Rente. Zusammen: Einem sozial ausgegrenzten „Prekariat“ gehören die 500 „Pegidisten“, die uns Auskunft gegeben haben, gewiss nicht an. Bezeichnend ist sicher, dass nur acht Prozent von ihnen die heutige Lage in der Bundesrepublik als sehr gut bezeichneten, indes aber 41 Prozent die eigene Lage mit diesem Prädikat kennzeichneten. Den Ergebnissen folgend wird deutlich, dass die meisten der Befragungsteilnehmer in Dresden und Umgebung woh-

3 Siehe den Beitrag von Franz Walter in diesem Buch („Studie zu NoPegida“).

nen. Gut zehn Prozent leben jenseits der sächsischen Landesgrenze, v. a. in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Der überwiegende Teil der Befragten (95 Prozent) gab an, an diesem 12. Januar 2015 zum ersten Mal an einer Pegida-Demonstration teilzunehmen.

Würde heute in Sachsen gewählt: 88,2 Prozent Zustimmung für die AfD

Kein Zweifel: Die Pegida-Aktivisten streben zu einer neuen politischen Repräsentanz – und das ist die Alternative für Deutschland. 11,5 Prozent der untersuchten Gruppe gehören ihr bereits als Parteimitglied an. Von denen, die bei der letzten Bundestagswahl eine Partei gewählt hatten, entschieden sich 44,8 Prozent für die AfD, 28,5 Prozent für CDU/CSU und



Abb. 1: Wahl letzte Landtagswahl: n=277 k.A.=205

immerhin 6,8 Prozent für die LINKE sowie sechs Prozent für die SPD. Die übrigen Parteien erhielten jeweils weniger als fünf Prozent. Bei den letzten Landtagswahlen war die AfD in diesem Kreis gar auf 51,1 Prozent gekommen. Würde heute gewählt, so könnte sich die AfD hier über 88,2 Prozent Zustimmung freuen; die Union stürzte in dieser Sonntagsfrage dagegen auf 2,7 Prozent ab.

Am wenigsten Vertrauen genießt der Bundespräsident

Wir haben in unserer Befragung auch danach gefragt, welchen Institutionen und Personen der Bundesrepublik am meisten Vertrauen entgegengebracht wird. Die Antwort: am meisten der Polizei, gefolgt vom Bundesverfassungsgericht und Unternehmern. Am wenigsten Vertrauen genießt indessen der Bundespräsident,

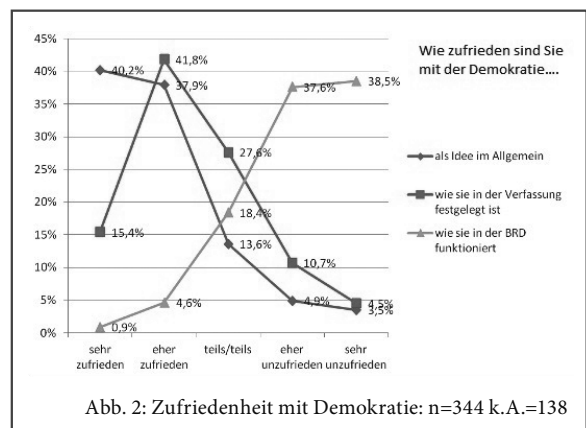
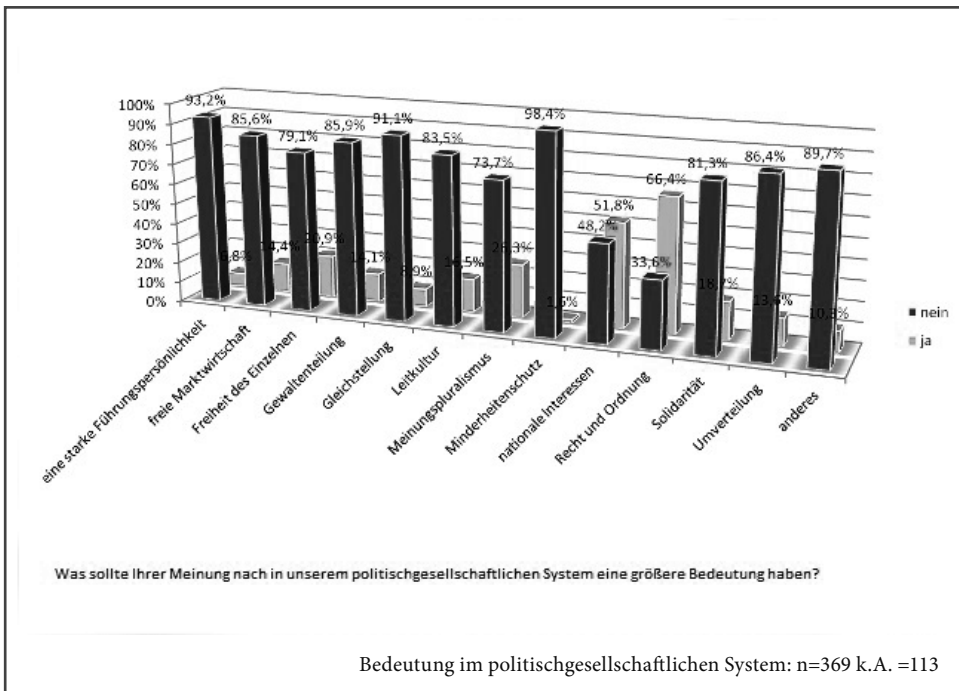


Abb. 2: Zufriedenheit mit Demokratie: n=344 k.A.=138

gefolgt von der Bundeskanzlerin, der EU und den während Pegida-Demonstrationen häufig als „Lügenpresse“ beschimpften öffentlich-rechtlichen Medien. Dabei fällt auf: Die Parteien ziehen weniger starkes Misstrauen auf sich. Vierzig Prozent der Befragten sind mit der Idee der Demokratie sehr zufrieden, aber nicht mit deren Realität in der Bundesrepublik, die nur von 0,9 Prozent gleichermaßen geschätzt wird.

Für mehr „Recht und Ordnung“ und mehr „Meinungspluralismus“



Auf die Frage, was im System der Republik eine größere Bedeutung gewinnen sollte, stehen an erster Stelle Recht und Ordnung. Als wichtig werden auch nationale Interessen und der Meinungspluralismus genannt. Gänzlich unwichtig erscheint den Teilnehmern, die uns Auskunft gegeben haben, hingegen Minderheitenschutz und Gleichstellung. Direktdemokratische Partizipationsmöglichkeiten und die Gewaltfreiheit von Protestaktionen waren ihnen indes überaus wichtig. Gespalten fallen die Angaben zum Verhältnis von Staat und Selbstverantwortung aus: 62 Prozent unterstützen die Forderung, dass der Staat mehr Verantwortung für die Gewährleistung des Bürgerwohls zu übernehmen habe; 63 Prozent finden allerdings ebenfalls wichtig, dass die Menschen in Zukunft mehr Eigenverantwortung übernehmen sollten.

An anderen Stellen zeigt sich ein deutlicheres Bild: Nicht viel halten die Befragten von der These, dass die Menschen in alternden Gesellschaften länger arbeiten sollten. Auch die Rückkehr zur D-Mark anstelle des Euro ist nur knapp einem Viertel eine Herzensangelegenheit. Hingegen findet die Aussage, dass Kinder „Mütter und Väter brauchen“, größte Zustimmung. Schließlich – und das ist nicht überraschend – stößt auf den deutlichsten Widerspruch der Satz: „Auch der Islam gehört zu Deutschland.“ Knapp Dreiviertel stimmen dieser Aussage „eher nicht“ und „überhaupt nicht“ zu.

■ PEGIDA IN DEN TRÜMMERN DES EINST „ROTEN SACHSEN“

[Franz Walter] über die historischen Wurzeln von Pegida

Wenige Tage vor Weihnachten 2014 erschien die *Sächsische Zeitung* mit einer großen Reportage zu „Pegida – wie alles begann“. Das Stück war illustriert mit einem Foto des Pegida-Gründers Lutz Bachmann, der darauf zusammen mit seiner Ehefrau und einer befreundeten Stadträtin für eine neue Textilkollektion warb. „Don't worry, be Freital“ stand auf dem T-Shirt der parteilosen Stadträtin. Das Sweatshirt von Bachmann trug nur die lakonische Aufschrift „Freital“. Denn in Freital sind diese Textilien vertrieben worden, in einem Friseurladen an der Dresdener Straße des Orts, der unmittelbar an die sächsische Landeshauptstadt grenzt.

In dieser Gegend hat der Populismus rechts der Mitte seit den frühen 1990er Jahren fruchtbaren Boden gefunden. Das Traurige daran ist: Historisch war es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ganz anders gewesen. Nirgendwo sonst war Deutschland seit der Industrialisierung bis zur Zeitenwende 1945/46 in der Bevölkerungsmentalität und im Organisationsverhalten so rot wie hier. Der Raum Freital, der Plauensche Grund, gehörte zu den am stärksten fortgeschrittenen Pionierregionen einer hochdifferenzierten Industrieproduktion. Die Stadt selbst war lange die Hochburg der Arbeiterbewegung schlechthin.

Freital war in den Jahren der Weimarer Republik die Stadt sozialdemokratischer Superlative, die einzige Stadt in Sachsen mit einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister, mit absoluten Mehrheiten bei Wahlen. Nirgendwo sonst war die Zahl der Mitglieder proportional so groß wie hier, wo über 3.000 der insgesamt 36.000 Einwohner das sozialdemokratische Parteibuch besaßen. Und schließlich war das ganze Tal übersät von sozialistischen Arbeiterchören, Naturfreundegruppen, Arbeiter-Turner-Klubs, Arbeiter-Fußballvereinen und anderen linken Freizeitorganisationen.

Freital hatte in den 1920er Jahren überdies den Ehrgeiz, zur Wohlfahrtsinsel im trüben kapitalistischen Gewässer der Weimarer Republik zu werden. Die Stadt zahlte infolgedessen überproportional hohe Wohlfahrtssätze. Sie gerierte sich als Oase für die Verlorenen und Gestrandeten der Gesellschaft: für Arbeitslose, für ledige Mütter, für Kleinrentner – und v. a. für Kranke. Alles im Heil-, Fürsorge- und Wohlfahrtswesen war kommunalisiert und für die Nutzer kostenfrei: von der Wiege bis zur Bahre, von der Geburtshilfe bis zur Totenbestattung, zum Sarg, zum Leichentransport, zur Grab-

rede. Für alles sorgte die sozialdemokratische Gemeinde. Die Gesundheitspolitik bildete das Herzstück des Freitaler Kommunalsozialismus. Schon unmittelbar nach der Stadtgründung hatten die Lenker im Rathaus eine Gruppe frisch approbierter, links orientierter Ärzte in die Industriestadt des Plauenschen Grundes geholt. Die Freitaler Stadtverwaltung hatte – was sonst in Deutschland nicht üblich war – einen ganzen Stab verbeamteter Ärzte und Hebammen, Fürsorger und Betreuerinnen eingestellt. Das Freitaler Heil-, Fürsorge- und Wohlfahrtswesen war seinerzeit beispiellos.

Außerdem ragte eine ungewöhnlich expansive Wohnungspolitik heraus. An etlichen Stellen der Stadt errichteten die Sozialdemokraten – teils als Genossenschaftler, teils als städtische Bauherren – Siedlungen. Das betrieben sie so massiv, dass man Freital in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre als „Rotes Wien in Sachsen“ etikettierte – in Anspielung an die modellhafte Bautätigkeit der sozialistischen Gemeindegemeinschaft in der österreichischen Hauptstadt. Und infolgedessen hatten die Sozialdemokraten in den Siedlungen Freitals fortan ihre Hochburgen, hatten hier ihre besonders treuen, loyalen, jederzeit mobilisierbaren Wähler.

Insofern: Der Freitaler Sozialismus verfügte über eine konzeptionelle Idee. Ja, er hatte eine Vorstellung, ein Bild, wenn man so will: eine Vision von der Entwicklung der Stadt. Und diese Zukunftsidee gab Freital in jenen Jahren Zusammenhalt, ein ungewöhnliches Selbst- und Sendungsbewusstsein, dessen Höhepunkt wohl im Jahre 1927 lag, als eine Delegation des Genfer Völkerbundes in der Stadt auftauchte, um das Freitaler Modell studieren und bewundern zu können.

Für die Nationalsozialisten war hier in den Weimarer Jahren dadurch so gut wie nichts zu holen. An den Braunen ging das Rote in Freital auch zwischen 1933 und 1945 nicht zugrunde. Kaum waren die Nazis weg, kamen die Sozialdemokraten wieder vollständig zurück. Erneut schlossen sich weit über 3.000 Freitaler der SPD an. Und auch bei den für lange Jahrzehnte letzten halbwegs freien Wahlen im Osten, im Herbst 1946, votierten zwei Drittel der Freitaler Wähler für die frisch gegründete SED – es war das Spitzenergebnis für die Einheitssozialisten in Sachsen schlechthin.

Doch mit der SED begann die Tragödie von Freital und der Sozialdemokratie. Am Ende der SED-Herrschaft war von der sozialdemokratischen Tradition, war von der großen munizipalsozialistischen Idee der Stadt buchstäblich nichts mehr übrig geblieben. Selbst die Erinnerungen daran waren zum Ende der 1980er Jahre komplett ausgelöscht. Einen derartig fundamentalen politischen Mentalitätswechsel in der Bevölkerung wie hier kann man in den modernen europäischen Gesellschaften des

20. Jahrhunderts wohl kein zweites Mal beobachten. Im Tal des Plauenschen Grundes mit dem Freitaler Zentrum hatten sich die meisten der dort lebenden Menschen über mehrere Jahrzehnte, vom Kaiserreich bis zur frühen SBZ, sämtliches Heil vom Sozialismus versprochen. Und als der Sozialismus dann in Gestalt der SED über sie real hereinbrach, reagierten sie bitter enttäuscht. Da gerade in Freital die Erwartungen auf die befreiende und erlösende Kraft des Sozialismus höher gesteckt waren als überall sonst in Deutschland, mussten besonders hier auch die negativen Entwicklungen in den DDR-Jahren eine überproportional tiefe Frustration erzeugen.

Als dann 1989 die DDR verfiel, waren alle früheren sozialdemokratischen Einstellungen, Orientierungen, Kulturen aus dem Tal verschwunden. Die Stadt hat mit ihrer sozialdemokratischen Vergangenheit radikal gebrochen. Nicht einmal zehn Prozent der Freitaler mochten 1990 der neuen SPD ihre Stimme geben, keine dreißig Personen traten ihr – der Jahrzehnte zuvor noch rund 3.000 Aktivisten selbstverständlich schienen – bei. Freital hat sich enthistorisiert und von der ursprünglichen Gemeindevision final abgekoppelt. Mit dem Verlust der Geschichte und ihrer Gründungsmission hat die Stadt den Integrationskern verloren, der einst die Einwohner zur Bürgerschaft zusammengefügt hatte. Und im neuem Vakuum entstand dann Raum für Kleinstadtpopulisten, die in Freital nach 1990 immer wieder periodisch jäh nach oben kamen, kühne Versprechungen machten, dann nach allerlei Pannen und Pleiten oft im Nichts verschwanden. Zurück blieben meist Misstrauen und Misanthropie.

Im Herbst 2007 hatte ein christdemokratischer Oberbürgermeisterpopulist die Stadt schon einmal überregional in die Schlagzeilen gebracht, da er Frauen mit einer Prämie von 2.000 Euro in die Kreisstadt locken und sie zur Ansiedlung bewegen wollte. 2014 wurde dann die Öffentlichkeit auch jenseits von Ostsachsen durch Bachmann und Pegida erneut auf Freital aufmerksam. Was für eine Tragödie für diese Stadt, die erst 1921 von der sozialdemokratischen Kommunalmehrheit gegründet worden war und durch den Namen – Freies Tal – die Hoffnung und den Anspruch auf eine Kommune ohne „Ausbeutung und Unterdrückung“ als ihr Programm gesetzt hatte. Solange in dieser Stadt stabile sozialmoralische Milieus, eine eigene Idee von sich selbst und Organisationen existierten, die auch in schwierigen wirtschaftlichen Jahren so etwas wie Heimat und Sinn boten, hatte die extreme Rechte keine Chance, hier Fuß zu fassen. Deswegen wurde dieser Teil von Sachsen – im Unterschied etwa zum durchaus proletarischen, aber milieuschwachen Erzgebirge und dem Vogtland – in den frühen 1930er Jahren nicht braun. In dem Moment jedoch, als all das zerstört

darniederlag, drangen die rechte Mobilisierung und das Versprechen auf neue Bindungen und Zugehörigkeiten in diese politisch-kulturell entstrukturierte Landschaft ein. Pegida ist Ausfluss und Ausdruck politischer Obdachlosigkeit, kultureller Traditionsschwächen, weltanschaulicher Leere, zivilgesellschaftlicher Bindungsschwächen. Davon mag besonders viel in Ostsachsen anzutreffen sein. Aber die deutsche Gesellschaft westlich davon holt nach.

Podcast

PEGIDA: DIE SCHMUTZIGE SEITE DER ZIVILGESELLSCHAFT?



Die Demonstrationen von Pegida bewegten 2014/15 die ganze Republik. Medien und Politik rätselten: Was ist Pegida, woher kommt die Bewegung und was treibt sie an? Das Göttinger Institut für Demokratieforschung hat hierzu eine empirische Studie erstellt, Demonstrationen beobachtet, Online-Umfragen, Interviews und Gruppendiskussionen durchgeführt. So konnte ein tiefer Einblick sowohl in die Einstellungen und Überzeugungen der Pegida-Anhängerschaft als auch in die politischen Herausforderungen und gesellschaftlichen Probleme in der BRD im Jahr 2015 gewonnen werden. Lars Geiges und Julia Kopp stellen zentrale Ergebnisse der Studie vor.

Direkter Link:

<https://youtu.be/-k7J5rQQqzM>

Veröffentlicht am:

10.03.2015



■ WIEDER MAL DIE RETTUNG DES ABENDLANDES

[Florian Finkbeiner] über die historische Karriere eines politischen Begriffs

Auch wenn es mit Pegida nun vorbei zu sein scheint, ist die Analyse des Phänomens noch lange nicht abgeschlossen.¹ Ein prominenter Bezugspunkt der Bewegung v. a. in Dresden war der Begriff des Abendlandes, welcher in der deutschen Geschichte über eine lange Tradition verfügt. Der Begriff „Abendland“ als Baustein zur Konstruktion (politischer) Identität vor allem konservativer Gruppen existierte schon Ende des 18. Jahrhunderts und richtete sich ursprünglich v. a. gegen die Ideen der Französischen Revolution. In seine Blütezeit kam der Begriff aber durch Oswald Spenglers folgenreiches Buch „Der Untergang des Abendlandes“ von 1918.

Schon im Titel von Spenglers Werk wird durch die Verbindung mit dem Untergangsbegriff die Perspektive einer elementaren Bedrohung eröffnet, die Züge einer eschatologischen Opposition des Kampfs zwischen Gut und Böse trägt. Mit der Formel vom Untergang des Abendlandes beschrieb Spengler einen grundlegenden Kulturwandel, da das *Preußentum* eine „cäsaristische Spätblüte“ erfahre.² Das Besondere an Spenglers Konzept war, dass es zwar als Kritik am Preußentum gedacht war, inhaltlich aber weitgehend unbestimmt blieb, was eigentlich eine „abendländische Kultur“ sei. So konnte es von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen – von den Konservativen, den Nationalliberalen wie von den Nationalsozialisten gleichermaßen – mit völlig unterschiedlichen Inhalten gefüllt werden und wurde so gesellschaftlich anschlussfähig als Ausdruck einer Besinnung und zugleich einer Erneuerung.

Allgemein festzuhalten ist, dass das Abendland ein in katholischer Tradition stehendes Modell ist, das die Vision einer ständisch-subsidiär organisierten europäischen Gesellschaft entwirft und mit weiteren antimodernen Elementen kombiniert. Diese Ordnungsvorstellung verband in der Geschichte der Bundesrepublik Antikommunismus mit der Ablehnung einer amerikanischen „Hegemonie“ über den europäischen Kontinent. Die Besinnung auf dieses Abendland wurde gerade während des Zweiten Weltkriegs zu einem „tröstlichen Refugium für die christlich inspirierte

1 Vgl. Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015.

2 Vgl. Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte, vollständige Ausgabe in einem Band, München 1963 [1918/1920].

innere Emigration“³. Gerade dadurch war das abendländische Pathos bis Ende der 1950er Jahre in der westdeutschen Gesellschaft dermaßen präsent und anschlussfähig für unterschiedliche Strömungen. Auch Konrad Adenauer bezog sich auf das Abendland, v. a. um seinen Kurs der Westbindungspolitik zu legitimieren, da es galt, Europa zu einigen, um ein „Bollwerk“ des christlichen Abendlandes gegen den Bolschewismus zu errichten.

Der Antikommunismus ermöglichte in der Nachkriegszeit, das bürgerliche Lager in der BRD zu sammeln. Dabei wurde bewusst in Kauf genommen, ebenso antidemokratische und antimoderne Strömungen zu integrieren, solange diese sich dem Primat der Westbindungspolitik unterordneten. Dadurch konnten sie in Teilen ihren Kulturdübel vorerst beibehalten, bis dieser Haltung Ende der 1950er Jahre durch die zunehmende Liberalisierung im Zuge des Wirtschaftswachstums die gesellschaftliche Grundlage entzogen wurde.

Diese Entwicklung lässt sich besonders an der Abendländischen Bewegung beobachten. Die Abendländer waren ein überwiegend katholisch-konservativer und v. a. elitärer Kreis, der sich von 1946 bis Anfang der 1960er Jahre um die Zeitschrift *Neues Abendland* und die Abendländische Akademie versammelte. Sie fungierten als Sprachrohr des katholisch-konservativen Milieus in der Nachkriegszeit, lehnten in großen Teilen die Idee des Fortschritts ab und strebten nach einer autoritär-hierarchischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Ihren Höhepunkt erreichte die Bewegung, als Bundesaußenminister Heinrich v. Brentano, damals Kuratoriumsmitglied der Abendländischen Akademie, die Hauptrede bei der Jahrtausendfeier der Schlacht auf dem Lechfeld 955 hielt. In seiner Ansprache vor 60.000 Gläubigen am 10. Juli 1955 im Augsburgener Rosenau-Stadion erinnerte er an die Parallelen zwischen der Ungarnschlacht vor tausend Jahren und der aktuellen Lage, in der die „Massen des Ostens“ vor den „Toren des Abendlandes“ stünden.⁴ Durch derartig polarisierte Positionen geriet die Bewegung Anfang der 1960er Jahre vor dem Hintergrund der fortschreitenden Liberalisierung in die Defensive. Die abendländischen Konservativen lösten sich von ihren antimodernen und „unzeitgemäßen“ Positionen, wobei ihr konservativer weltanschaulicher Kern blieb. Doch fand der Begriff „Abendland“ während der Wirtschaftskrise in den 1970er Jahren und nach der Wiedervereinigung in den 1990er Jahren erneut Verwendung – wenn auch wieder anders gelagert und inhaltlich unbestimmt.

3 Faber, Richard: *Abendland. Ein „politischer Kampfbegriff“*, Hildesheim 1979, S. 133.

4 Vgl. o. V.: *Abendland, die missionäre Monarchie*, in: *Der Spiegel*, 10.08.1955.

Diese zugegeben kursorische historische Analyse zeigt: Die Rückbesinnung auf eine positiv konnotierte Tradition des Abendlandes dient gerade in Zeiten einer unbestimmten, aber intensiv wahrgenommenen Krise als Antwort auf die Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels für die individuelle und kollektive Identität. Dabei ist unerheblich, dass der einer Krise gegenübergestellte vermeintliche historische Idealzustand weitgehend unkonkret bleibt – fungiert die Bezugnahme auf das Abendland doch vielmehr schlicht als Chiffre zur Konstruktion kultureller Überlegenheitsgefühle und damit der Erneuerung kollektiver Identität.

Auch im Fall von Pegida antwortet die weitgehend diffuse, doch prominente Bezugnahme auf das Abendland auf eine intensive Krisen-Wahrnehmung. Sie stiftet die Grundlage einer positiven kollektiven Abgrenzung von gesellschaftlicher Marginalisierung, kultureller Fragmentierung sowie politischer Desintegration – wie sie in Ostdeutschland, v. a. aber in Sachsen zu finden sind.⁵ Dabei spiegelt die Popularität des Begriffs das starke Bedürfnis nach kollektiver Identität wider. Insofern mag die Pegida-Bewegung an ihr Ende gekommen sein, die gesellschaftlichen Probleme sind damit aber noch lange nicht gelöst.

5 Vgl. den Beitrag von Franz Walter in diesem Buch („Pegida in den Trümmern des einst ‚roten Sachsen‘“).

■ SARRAZIN, AFD, HOGESA, PEGIDA

[Felix M. Steiner] über die Pegida-Proteste in Dresden und ihre Ursachen

„Wir sind das Volk“, schallt es seit mehreren Wochen jeden Montag durch Dresden. Die Parole der alten Proteste dient nun – nicht nur in Dresden – als Konstruktion einer vermeintlich demokratischen Bewegung. Rund 15.000 Menschen zog es in der sächsischen Landeshauptstadt am vergangenen Montag bereits auf die Straße, es war die neunte Veranstaltung in Folge. Unter dem sperrigen Namen „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ demonstrieren die Menschen wohl gegen vieles; doch die „Islamisierung des Abendlandes“ dürfte wohl kaum der Kern ihres Protestes sein. So neu, wie einige Medien diese Protestbewegung einordnen, ist sie indes nicht. Anders ist lediglich, dass sich Ressentiments und Rassismus in Deutschland wieder in einem derartigen Ausmaß auf der Straße verdichten – und dies jenseits der organisierten extremen Rechten.

Getragen werden die Proteste von diffusen Ängsten, Desintegration und rassistischen Einstellungen, ein inhaltlich ausgearbeitetes Programm sucht man indes vergeblich. Aber dies ist wohl eine der Stärken der aktuellen Formationen: Sie bieten damit leicht Anschluss für zahlreiche Menschen, die es mit ihrem Protest gegen „Ausländer“, „Islamisten“, „die da Oben“ oder die „gleichgeschalteten deutschen Medien“ auf die Straße treibt. Das Thema des radikalen Salafismus ist nicht mehr und nicht weniger als die Mobilisierungshilfe, die deutlich weniger mit dem Ballast der extremen Rechten behangen ist als bspw. Demonstrationen gegen Asylbewerberheime. Blickt man zurück, wird man unweigerlich im Jahr 2011 bei Sarrazins erstem Bucherfolg und den dadurch ausgelösten Debatten landen. „Deutschland schafft sich ab“ könnte heute ebenso gut als Slogan auf den Transparenten der Protestierenden zu lesen sein wie „Pegida“. Die Begriffe sind austauschbar und haben wenig analytischen Gehalt. Vielmehr bieten sie eine Symbolik, die vage genug bleibt, um sich an alle zu richten. Seitdem ist auch der Anstieg eines antimuslimischen Rassismus zu beobachten, der sich in einigen Bevölkerungsgruppen neben Antiziganismus zum dominierenden Einstellungsmuster zu entwickeln scheint. Seit 2009 sind einer aktuellen Studie über die Mitte zufolge die ablehnenden Einstellungen gegenüber Muslimen deutlich angestiegen. Rund 36 Prozent der Deutschen würden Muslimen gern die weitere Zuwanderung verwehren und 43 Prozent fühlen sich wegen

der hohen Zahl an Muslimen „wie ein Fremder im eignen Land“¹. Seit 2009 sind diese Werte um zehn Prozent und mehr gestiegen. Der Soziologe Oliver Nachtwey beschreibt die Ursachen wie folgt: „Das ist das Produkt einer nervösen Gesellschaft, in der Aufstieg immer weniger möglich ist und in der man das Gefühl hat, überall herrsche Kampf und Wettbewerb. Die Affekte, die das erzeugt, werden oft nicht auf ein System, sondern auf das Andere, das Fremde gelenkt.“² Außerdem macht Nachtwey die abnehmende Repräsentation der Bevölkerung in Parteien und Großorganisationen für diese Entwicklung verantwortlich, die aktuellen Demonstrationen böten somit „Kanäle zur Artikulation von Ängsten“³.

Diese Entwicklung dürfte nicht zuletzt auch mit der fehlenden integrativen Wirkung des rechten CDU-Flügels zusammenhängen, der sich in den letzten Jahren in Aktionen wie „Linkstrend stoppen“ in der Union bemerkbar zu machen versuchte. Die große Koalition hat diese Tendenz wohl weiter beschleunigt. Neben den Demonstrationen ist die Gründung der Alternative für Deutschland die parlamentarische Konsequenz der fehlenden Integration des rechten Spektrums. So verwundert weder, dass sich zahlreiche ehemalige CDU-Mitglieder in der AfD sammeln, noch, dass die Partei nun auch die Nähe zu den Demonstranten in Dresden und anderswo sucht. Schon bei der gewalttätigen Demonstration der „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) in Köln Ende Oktober 2014 waren AfD-Funktionäre dabei. Einige hundert Fußballhooligans nehmen auch in Dresden an den Veranstaltungen von Pegida teil, und einige Aktivisten bilden eine organisatorische Brücke zwischen diesen beiden Gruppen. Eine genaue Analyse der Protestierenden steht allerdings noch aus.

Dass Pegida gerade in Sachsen einen derartigen Erfolg verzeichnen kann, ist so überraschend nicht. Im August 2014 konnte die AfD hier mit 9,7 Prozent in den Landtag einziehen und übernahm damit nach zehn Jahren von der NPD die Plätze ganz rechts im Parlament. Das Potenzial für die aktuellen Proteste ist also in Sachsen – mit Blick auf die elektoralen Erfolge – durchaus vorhanden. Der Wechsel von AfD und NPD, die sich nur teilweise in ihrer Wählerklientel überschneiden, zeigt aber auch, dass die extreme Rechte derzeit nicht von der Stimmung profitieren kann. Die NPD verpasste nicht nur in Sachsen

1 Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Leipzig 2014, S. 50.

2 O. V.: Nachtwey: „Das Produkt einer nervösen Gesellschaft“, in: dw.de, URL: <http://www.dw.de/nachtwey-das-produkt-einer-nerv%C3%B6sen-gesellschaft/a-18121016> [eingesehen am 14.12.2014].

3 Ebd.

den Wiedereinzug in den Landtag, sondern auch in Thüringen den Ersteinzug, mit dem die Neonazis fest gerechnet hatten. Die Menschen, die sich nun auf den Straßen in der ganzen Bundesrepublik sammeln, entstammen nur zu einem kleinen Teil der organisierten extremen Rechten. Wahrscheinlich würden sich die meisten keiner NPD-Demonstration anschließen, weil diese mit dem Stigma des Rechtsextremismus behaftet ist. Die neuen und – zumindest was den Rechtsextremismus angeht – unbeschriebenen Organisatoren der Pegida-Proteste sind also zentraler Bestandteil jenes Erfolges. Die Themen und rassistischen Argumentationen entsprechen mit ihren Erzählungen von „Identität“ und „Überfremdung“ allerdings zu weiten Teilen den Inhalten der Neuen Rechten, wie sie sich spätestens in den 1980er Jahren in Deutschland formierte.

Dass die derzeitige Stimmung auch Folgen jenseits der Proteste zeitigt, hat sich zuletzt vergangene Woche in Bayern gezeigt, wo bisher Unbekannte drei frisch renovierte Asylunterkünfte in Brand gesteckt und rassistische Parolen hinterlassen haben. Glücklicherweise waren die Gebäude unbewohnt. Allein in den ersten zehn Monaten des Jahres 2014 fanden deutschlandweit 200 Demonstrationen gegen Asylbewerberheime statt. Bis Ende September zählte die Bundesregierung 86 rechtsmotivierte Straftaten auf Asylbewerber und ihre Unterkünfte⁴ – auch diese Zahlen sind seit 2012 stetig angestiegen. Da im nächsten Jahr kaum Wahlen anstehen, besteht zumindest nicht die Gefahr, dass Asyl erneut zum Wahlkampfthema avancieren könnte. Wie es mit den Protesten – unter welchem Namen auch immer – im beginnenden Jahr 2015 weitergehen wird, ist derzeit schwer abzusehen. Dass diese verebben, ist wohl ebenso möglich wie ein erneutes Aufflammen mit dem beginnenden Jahr. Die Weihnachtszeit und eine veränderte mediale Aufmerksamkeit könnten die Größe der Proteste im kommenden Jahr einbrechen lassen. Zumal der immer gleiche Aktions-Trott in der Regel auch die Motivation der Teilnehmenden mindert. Allerdings sieht es derzeit eher so aus, als würde das Thema islamistischer Terrorismus über die Jahresgrenze tragen. Die blutige Geiselnahme in Australien und die Schulstürmung der Taliban in Pakistan spielen den Organisatoren in die Hände; auch wenn dies wenig mit einer vermeintlichen Islamisierung in Deutschland zu tun hat. Wenn der v. a. quantitative Erfolg der Demonstrationen sich zusätzlich als Motivation ins neue Jahr überträgt und die Politik die Pegida-Aktivisten als legitime Akteure des politischen Diskurses akzeptiert, spricht einiges dafür, dass die Proteste an Dynamik gewinnen werden.

4 Vgl. Baumgärtner, Maik et al.: Neue deutsche Welle, in: Der Spiegel, 15.12.2014.